

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Freitag, den 7. März 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Agrarische Sorgen.

Die Erfolge des deutschen Landarbeitersverbandes machen den interessierten Kreisen schwere Sorgen.

Das obige vorwurfsvolle Biat, welches Staat und landwirtschaftlichen Organisationen ihre Unterlassungssünden vorhält...

Nachdem er die verschiedenen vorhandenen Organisationsbildungen, „sozialdemokratische“, konfessionelle, vaterländische Verbände und engere Fachverbände besprochen hat...

Aber der Grund für die Verneinung ist ein ganz anderer und wird auch nicht in diesem Kapitel, sondern an anderen Stellen es verraten: es ist die wiederholt z. B. bei Verprechung der Fachverbände hervortretende Furcht...

Ein ganz richtiges Gefühl. Durch eigene Organisierung entsteht Klassenbewusstsein. Sowie der Arbeiter erst begriffen hat, daß er eine eigene Klasse gegenüber der Klasse der Unternehmer bildet...

Aber mit dem einfachen Nachweis, daß eigene Arbeiterverbände sich nicht empfehlen, begnügt sich der Verfasser nicht, er empfiehlt der Sicherheit wegen sogar Maßnahmen zur Verhinderung ihrer Bildung...

Vollversicherung, Einrichtung unparteiischer Rechtsauskunftstellen, gute Lektüre, z. B. die — Kreisblätter und eine vom Verein für Wohlfahrts- und Heimatpflege demnächst herauskommende Wochenschrift für Landarbeiter.

Aber er ist einseitig voll genug zu erkennen, daß materielle Vorteile und soziale Fürsorge allein den idellen Wert des Zusammenschlusses, jenes erhebende Gefühl der Kollegialität und das Bewußtsein in der Gesamtheit etwas zu bedeuten, nicht ersetzen können...

Recht vernünftig und modern mutet es an, wenn er betont, die Landarbeiter müßten vollberechtigte und verpflichtete Mitglieder der Organisationen sein und dürften nie das Gefühl haben, daß man ihnen Wohlthaten erweisen wolle.

Aber auch der Verfasser kann ein Bedenken nicht unterdrücken, nämlich die Gefahr der Majorisierung der Unternehmerrindertheit durch die Arbeitermehrheit, besonders in den Genossenschaften, wodurch dann die Landwirte hinausgedrängt werden könnten.

Wo schon sozialdemokratische Arbeiterverbände größeren Umfangs bestehen, da werde allerdings, meint er, die Bildung politischer Landarbeiterverbände auf vaterländischer Grundlage als Kampforganisationen erwogen werden müssen.

Also in der Organisationsbildung bremsen, solange es geht, und wenn es nicht mehr geht, den organisierten Landarbeitern ihre eigenen Brüder als Prellbock entgegenchieben, darauf geht es hinaus.

Ganz scheint Ahmis seinen Mitteln auch nicht zu trauen als Gegenmittel gegen die Agitation der Sozialdemokratie. Deshalb empfiehlt er an einer Stelle, den sozialdemokratischen Agitatoren die Möglichkeit der Agitation zu nehmen und zwar in recht eigenartiger Weise.

Die weiteren Ausführungen sind für uns ohne Interesse. Am Schluß ermahnt er nur noch einmal beide Teile, keine Sonderorganisationen zu schaffen zum Kampf gegeneinander, sondern sich zur Vertretung der gemeinsamen Interessen der gesamten Landwirtschaft zusammenzuschließen.

entscheidendes Schlachtfeld.“ Daraus ersieht man, daß er nicht die Landwirtschaft meint, die dann erledigt ist, sondern die Agrarier.

Diese Erkenntnis, die auf einem scharfen Blick beruht, wollen wir uns zu eigen machen, dieses Wort wollen wir uns merken. In Ostpreußen sitzen die Beherrscher des Staates und des Reiches, in Ostpreußen sitzen die Nutznießer unseres gegenwärtigen Wirtschaftssystems...

Die Vermögensabgabe.

Die unwilligen Opferwilligen.

Es nützt alles nichts; der Aagenjammer, der die Bürgerlichen seit der Veröffentlichung des Kriegssteuerplanes erfährt hat, wird immer größer. Und ihre Stimmung wird auch dadurch kaum gehoben werden, daß ihre monarchischen Gefühle geschont bleiben sollen.

Mit anderen Worten: die Fürsten können geben, was ihnen beliebt. Auf die Abschäpfung ihres Vermögens wollen sie sich nicht einlassen und vor allem wollen sie für alle Zukunft sich die Steuerfreiheit retten!

Kritik über läßt sich an diesem Vorgehen nicht; denn jede Beleuchtung solcher Opferbereitschaft würde die engen Grenzen deutscher Freizigkeit bei weitem überschreiten.

Vaterlandsfeindliche Patrioten.

Ueber die geplante Vermögensabgabe gibt der „Local-Anzeiger“ einige Angaben wieder, die ihm von einer „in Steuerangelegenheiten zuständigen Seite“ gemacht worden sind.

Nach der Vermögenssteuerstatistik des Preussischen Staates für 1911 ist zur Ergänzungsteuer ein Vermögen von rund 104 Milliarden Mark veranlagt, wobei Vermögen unter 6000 Mark nicht mitgerechnet sind.

Herangezogen werden, während bei Vermögen über eine Million je nach der Größe eine weitere Steigerung bis zu 4 Proz. für die riesenvermögen möglich wäre.

Table with 4 columns: Vermögen, Zahl der Jenigten, Betrag in Mill. M., Proz. des Gesamtwertes.

Nimmt man sich für 1912 und 1913 die Zunahme an Vermögen auf nur 4 Milliarden an, so würde sich für Preußen ein Vermögen von rund 98 Milliarden und ein einsehbarer Steuerbetrag von 566 Millionen ergeben. Das Verhältnis von Preußen zu Deutschland wird hinsichtlich des Vermögens geschätzt auf 5:8. Trifft das zu, so ergäbe sich für Deutschland bei obigen Steuerhöhen ein einmaliger Steuerbetrag von 905 Millionen.

Diese Steuer könnte, meint der „L. A.“ leicht aufgebracht werden. Verteile man die Bezahlung auf vier Quartale, so würden bei einem Vermögen von 50 000 M. vierteljährlich 31,25 M.

bei 100 000	62,50
300 000	250,—
1 000 000	250,— zahlbar.

Man sieht, das sind in der Tat erträgliche „Opfer“. Aber die Besitzenden sind doch anderer Meinung. Die Annahme, daß die Abgabe progressiv gesteuert werde (was natürlich auch durchaus richtig wäre) und bis 4 Proz. ansetzen könnte, scheint so aufregend gewirkt zu haben, daß der „L. A.“ seine eigene Darlegung im Abendblatt bereits abschwächen und sie als bage Vermutungen bezeichnen muß!

Aber ob 1/2 Prozent für alle Vermögen oder Steigerung bis 4 Prozent, das ist schließlich den Vermögenden nicht das wichtigste. Die Milliarde selbst hergeben zu sollen, das ist ihr Schmerz und ihre Pein. Und so wächst die Opposition. Zu den Stimmen aus dem liberalen und konservativen Lager kommt heute der liberale „Bayrische Courier“. Er wütet über diese „Blutabspaltung“, diese „Brandstiftung des Sparers“ in kräftigen Worten, die die liberale Presse anglücklich vernied, als die Blouschwärzen den arbeitenden Massen die halbe Milliarde alljährlich auferlegten, und schreibt schließlich:

„Der Militarismus frist uns. Nur mit Bangen kann der wahre Vaterlandsfreund die Frage sich vorlegen: Wohin soll das fahren? Heute kosten uns fünf Jahre Frieden soviel oder mehr als ein verlorenen Krieg von gelernen. Der wahre Patriot bringt gern Opfer für die Sicherheit des Vaterlandes. Aber nunmehr liegen die Verhältnisse bald so, daß der echte Patriotismus sich die tiefere Frage vorlegen muß: Kann diese uferlose Mühseligkeitstrennen noch lange so weitergehen? Ist die Unruhe, die Unzufriedenheit, die Gärung, welche dieses unausgegessene, ständige, immer mehr und mehr forcierte Anziehen der Steuerschraube in allen Schichten der Bevölkerung erzeugt, schließlich nicht ein gefährlicherer Feind des Vaterlandes als jeder auswärtige Gegner? Wird nicht so Jahr für Jahr von den Regierenden der Boden frisch gedüngt, aus dem die Sozialdemokratie, der Anarchismus, die Revolution herauswächst? Ist das nicht schließlich eine plötzliche Explosion der europäischen Spannung der Steuerfolter ohne Ende vorzugucken? Wie wäre es, wenn das Parlament einmal wieder bremsen würde aus Patriotismus, aus wohlverständener und wohlberedeter Liebe zur Nation, ohne Angst und Bangen vor der Entfesselung der Hurraffimmung? Reich und Bundesstaaten stürzen auf dieser tiefen Ebene unaufhaltsam in die Tiefe.“

Man sieht, die Heranziehung der Besitzenden wirkt wahre Wunder! Immer wieder haben die Sozialdemokraten aus wohlverständener und wohlberedeter Liebe zur Nation zu bremsen versucht. Vaterlandsfreunde hat uns das Gesindel genannt, solange die Arbeiter alle — die persönlichen und finanziellen — Lasten aufbringen mußten. Jetzt, wo sie bei den 4 1/2 Millionen sozialdemokratischen Stimmen es nicht mehr wagen können, die Besitzenden wieder auf neue Blüten zu lassen, wo sie mitzählen sollen, da kommt ihnen endlich der Gedanke, zu bremsen, da wird das Imperialistische plötzlich patriotisch!

Aber es wäre verkehrt, auf diese neue Erkenntnis irgendwelche Hoffnungen zu bauen. Die bürgerlichen Parteien haben längst alle Widerstandskraft verloren; in Deutschland, das beweist die Vorgeschichte der Militärverlage allzu deutlich, ist der Generalstab allmächtig. Deshalb müssen die Arbeiter auf der Hut sein. In der rechtsstehenden Presse wird die Forderung neuer indirekter Steuern immer lauter erhoben. Die Arbeiterklasse muß auf dem Posten sein, sollen ihr zuletzt nicht zu den vermehrten persönlichen Opfern auch neue Steueropfer auferlegt werden.

Abschaffung des Einjährigen-Privilegs!

Die „Hamburger Nachrichten“ schreiben gegen unsere Festsitzung, die Heeresvermehrung fordern von den arbeitenden Massen die größten persönlichen Opfer: „Jede der Wehrpflicht ist allgemein, jeder Deutsche ist zu diesem „größten persönlichen Opfer“ verpflichtet, und jedem Reichsbürger, also auch den „arbeitenden Massen“ kommt die damit verbundene Wehrhaftigkeit und Sicherheit des Vaterlandes zugute.“

Das Hamburger Blatt hat das Einjährigenprivileg der Besitzenden vergessen. Es bedarf wohl bloß dieser Erinnerung, damit das Blatt mit uns dafür einträte, daß dieses ungerechtfertigte Vorrecht endlich beseitigt werde, wie das ja in Frankreich längst der Fall ist.

Der Balkankrieg.

Einnahme von Janina.

Den Griechen ist die Eroberung des lange belagerten Janina gelungen. Es wird darüber gemeldet:

Athen, 6. März. Vom Thronfolger ist folgendes von heute 6 Uhr früh datiertes Telegramm eingegangen: Da die griechische Armee die ganze linke Front von Janina, sowie Bisani und Gakrina besetzt und Essad Pascha umzingelt hatte, erklärte mir der türkische Oberbefehlshaber soeben, daß er sich mit seiner Armee Kriegsgefangenen gebe. Ich werde demnächst Einzelheiten über den großen Sieg der tapferen Armee schicken.

Athen, 6. März. General Souza ist mit drei Eskadrons heute früh 9 Uhr in Janina eingesetzt.

In Janina ist die hellenische Flagge gehißt worden. Die Bevölkerung von Athen beweist infolge der Siegesnachricht großen Enthusiasmus. Die Kirchenglocken läuten und man singt die Nationalhymne.

Die Türken haben die Festung hartnäckig verteidigt und dadurch dem Vordringen der Griechen in Epirus Halt geboten. Auf diesem Kriegsschauplatz konnten die Griechen bisher nicht von der Stelle kommen, während sie auf dem thessalischen Kriegsschauplatz leichtes Spiel hatten und ziemlich leicht bis Saloniki vordrangen. Die türkischen Streitkräfte in Epirus waren aber von jeder Verbindung abgeschnitten; sie werden mit ihrer Munition am Ende gewesen sein, und auch mit der Verpflegung wird es sehr schlecht bestellt gewesen sein. Da ihnen jede Ansicht auf Hilfe abgeschnitten war, haben sie sich zur Kapitulation entschließen müssen.

Der griechische Erfolg wird es übrigens der türkischen

Regierung gegenüber der Kriegspartei erleichtern, den Frieden zu schließen.

Die Jungtürken und der Friede.

Konstantinopel, 6. März. Bei der vorgestern und gestern abgehaltenen geheimen Sitzung des jungtürkischen Komitees kam es, wie verlautet, zu sehr erregten Debatten über die Frage des Friedens. Der frühere Minister Hauri soll erklärt haben, wenn der Friedensschluß die Notwendigkeit der Abtreibung Adrianopels ergeben sollte, so müßte das Kabinett demissionieren. Talatat bei trat dieser Äußerung heftig entgegen. Bisher ist über die Friedensfrage kein Beschluß gefaßt worden. Hauri verließ die Sitzung.

Der Großvezir machte gestern dem russischen Botschafter einen Besuch. — Seit einigen Tagen geht das Gerücht, daß die Kammer wieder einberufen werden solle. Ibrahim wendet sich heftig gegen diesen Plan.

Erbische Transportschiffe versenkt?

Wien, 6. März. Die Neue Freie Presse meldet aus Konstantinopel: Der Kreuzer Hamidiye traf heute morgen vor der Bucht von Hagion-Oros auf eine Flotte von 24 griechischen Schiffen, die serbische Truppen mit 24 kleinen und 10 großen Geschützen nach Skutari zu transportieren hatten. Die Hamidiye eröffnete ein Feuer gegen drei Transportschiffe, welche sanken. Erst drei Stunden später von Soloniti ausgelaufene Schiffe konnten einige schiffbrüchige Mannschaften retten.

Die österreichische Demobilisierung.

Wien, 6. März. Die österreichisch-russische Demobilisierung hat sich wieder verzögert. Anscheinend sind noch einige formelle Fragen zu erledigen. Die Sozialdemokraten brachten im Abgeordnetenhause einen Antrag ein, der die Regierung auffordert, ihren verfassungsmäßigen Einfluß auf die gemeinsame Regierung in dem Sinne auszuüben, daß alle einberufenen Reservisten und Erfahrungsrufen möglichst bald entlassen werden können. Das Haus lehnte es ab, den Antrag sofort auf die Tagesordnung zu setzen.

Das Programm der norwegischen Regierung.

Christiania, 3. März. (Fig. Ber.) Die norwegische Regierung hat nunmehr im Parlament eine Programmklärung abgegeben, die wegwende für die liberale Politik der nächsten Jahre im Störsting werden dürfte. Die Regierung hat dabei gewiß eine große Zahl von Fragen aufgeworfen, allein sie hat es in der Regel vermieden, die Richtung anzugeben, in der sie diese Fragen zu lösen beabsichtigt. Das ist insbesondere mit den Fragen der Sozialgesetzgebung der Fall. Einleitend wird zwar erklärt, daß getreu den liberalen Traditionen die Regierung die nationale und demokratische Politik zu fördern suchen wird, die im Zusammenhang zwischen Linde und Arbeiterdemokraten (eine etwa den deutschen Ditsch-Bunderschen Anhängern gleiche Strömung in der norwegischen Arbeiterschaft, die sich im Aussterben befindet) den Sieg bei den Wahlen errungen hat. Aber darunter kann man schließlich alles und nichts verstehen. Und in den weiteren Programmklärungen findet sich fast nirgends ein positiver Anhalt für die Wege der Regierungspolitik. Die Auslandsvertretung des Staates soll eine festere organische Verbindung zwischen Konsulatwesen und Diplomatie erhalten, das Handelsdepartement soll reorganisiert werden und die sozialen Fragen damit unter das Zepher Cathbergs, des Führers der Arbeiterdemokraten, kommen; die Regierung will die wirtschaftliche Unabhängigkeit des Landes vom ausländischen Kapital wahren, zu welchem Zweck die Konzessionsgesetzgebung weiter entwickelt werden soll. Im Zusammenhang damit wird die Wasserkraftfrage ihre Lösung finden. Die Landesverteidigung soll ferner verbessert und in einzelnen Teilen reorganisiert werden.

Das ist im wesentlichen das Programm der nationalen Politik der Regierung. Alle diese Fragen haben mit einer nationalen Politik der Arbeiterklasse kaum etwas gemein. Der Militarismus wird den breiten Massen neue Opfer auferlegen; die Reorganisation einzelner Zweige der Bureaucratie wird die Arbeiterklasse ziemlich kalt lassen können. Und vollends wird die liberale Unabhängigkeitserklärung gegenüber dem profitstuchenden Auslandskapital für die sozialdemokratische Politik ziemlich gleichgültig sein. Nur wer der politisch-ökonomischen Kleinüberschule noch nicht entwachsen ist, kann glauben, daß die norwegischen Liberalen die ökonomische Abhängigkeit vom Auslandskapital durch die Konzessionsgesetzgebung durchbrechen werden oder auch nur wollen. Die Industrialisierung des Landes schreitet enorm vorwärts, durchaus im Einverständnis mit den Liberalen, die die Couponstempelerei keineswegs verpönnen. Da das Land noch kein Kapital braucht, wird man es auch in Zukunft nehmen, wo man es bekommt. Können ausländische Kapitalisten nicht persönlichen Industriebetriebe eröffnen, werden sie sich norwegischer Strohmänner bedienen; auch werden sie leicht und nicht mit geringerem Nutzen, die Dividende mit Zins auf verliehenes Kapital austauschen. Diese Art Konzessionsgesetzgebung sind de facto nichts als blauer Dunst zur Beunruhigung des Nationalgefühls norwegischer Epikureer.

Von eigentlich demokratischer Politik ist im Regierungsprogramm nichts enthalten, was über die platonische Phrase hinausginge. Dagegen sind einige wichtige sozialpolitische Fragen angeschnitten, deren Lösung von großem Vorteil für die Arbeiterklasse sein könnte, wenn sie in ihrem Interesse erfolgt. Es wird die Lösung der Juvaliden- und Altersversicherungsfragen, der Maximalarbeitszeit in Fabriken, des verbesserten Schutzes der Kinder- und Regelung der gewerblichen Nachtarbeit, verbesserte Unfallversicherung, Reduktion der Krankensicherung, Regelung der Heimarbeit usw. verprochen. In welchem Sinne die Fragen ihre Lösung finden sollen, ist noch Amtsgeheimnis.

Sodann will die Regierung die Arbeiterklasse mit einem Sondergesetz beglücken, von dem die organisierten Arbeiter nichts wissen wollen: Ein Gesetz betreffend Arbeitskonflikte. Die Regierung hält sich auch hier über die beabsichtigte Richtung in Schweigen, aber außerhalb des Parlaments ist bekannt geworden, daß sie die Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit durch scheidgerichtliche Erledigung der Interessengegensätze aus der Welt schaffen will. Von den beiden Formen gesetzlich festgestellter Minimalarbeitsbedingungen wählt in Norwegen die liberale Regierung den scheidgerichtlichen Zwangsbergleich, während in Schweden die sozialdemokratische Erste-Kammer-Fraktion durch Herrn Professor Steffen die gesetzlichen Lohnämter beantragt, die eventuell sogar zur Festsetzung einer Minimallohnstufenliste für die Arbeiter berechtigt sein sollen. Die Selbstgemeinschaft dieser beiden nordischen Richtungen, schwedischer Erste-Kammer-Sozialismus und norwegischer Regierungsliberalismus, ist offenbar. Es fehlt zur Vervollständigung nur noch, daß beide sich auf ein Verbot des Streiks schlechthin einigen, um die skandinavische Halbinsel von der Hydra der Arbeitskämpfe zu befreien.

Die norwegischen Gewerkschaften sehen die Sache freilich mit anderen Augen an. Mit lauffähiger Unterstützung der norwegischen Sozialdemokratie haben sie sofort einen entschiedenen Kampf gegen die liberalen Zwangsbergleichsabsichten eröffnet, von dem man hoffen kann, daß er mit Erfolg enden wird. Denn auch die Unternehmer wollen von einer Bureaucratifizierung der Arbeitsverhältnisse nichts wissen.

Die übrigen Versprechungen in der Regierungserklärung betreffen Schul- und Erziehungsfragen, die hier weniger interessenreich sind. Ferner soll neben der Landesverteidigung auch der Marine-maloch neue Mittel verschrieben. Die Küstenverteidigung soll durch Befestigungen, Torpedoboote und Minen gesichert werden. Es ist also dafür gesorgt, daß die steigenden Staatseinnahmen nicht für die Armen, sondern für Militärausgaben Verwendung finden. Nicht Armenschutz, sondern Küstenschutz ist die Parole.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. März 1913.

„Wir haben zugelernt!“

Aus dem Reichstage. In der Kolonialdebatte war am Dienstag nur die Sozialdemokratie zu Wort gekommen. Bei der Fortsetzung der Beratung am Donnerstag sprachen die übrigen Parteien und die Regierung. Die Sozialdemokratie sprach nicht, aber über sie wurde um so mehr gesprochen. Von fast allen bürgerlichen Rednern wurde die grundsätzliche Stellung der Sozialdemokratie zur Kolonialpolitik und ihre jahrzehntelange Kritik der kolonialen Mißstände angegriffen. Ein Hauptargument war die bequeme Ausrede, daß es in den Kolonien und mit den kolonialpolitischen Mißständen jetzt nicht mehr so schlimm aussehe wie in den Anfangen der deutschen Kolonialpolitik. „Wir haben doch zugelernt!“ rief der Kolonialsekretär Solf besänftigend aus. Keiner der Herren kam aber auf den Gedanken, daß der wertvollste Erzieher für die bürgerlichen Parteien und für die deutschen Konquistadoren in den Kolonien die unablässige und unerbittliche Kritik der Sozialdemokraten gewesen ist.

Den Anfang bildete eine Rede Erzbergers vom Zentrum, der natürlich kolonialbegeistert bis über beide Ohren ist. Neben wirtschaftlichen Vorteilen will er besonders religiösen Nutzen aus den Kolonien ziehen. Er sieht in den Missionaren die wichtigsten Kulturpioniere und verlangt unbedingte Unterstützung der Missionen und ihrer Arbeit durch die Regierung. Es kommt ihm gar nicht darauf an, den religiösen Zwecken zuliebe Maßnahmen der Regierung, die nicht unmittelbar den konfessionellen Sonderinteressen des Zentrums entgegenkommen, scharf anzugreifen oder auch höhnisch zu beweiheeln.

Der letzte Redner aus dem Hause war der bekannte Reichsverbandsgeneral und ehemalige Kolonialgouverneur Liebert, für den neben dem wirtschaftlichen Gewinn der Kolonialpolitik besonders ihre militärische Seite eine Rolle spielt, und der daher ein begeistertes Loblied auf die Schuchtruppen anstimmte. Ueber die Gräuelt, die verschiedene Ausrüstungsstrategen und Menschenquälter früherer Jahre zu einer traurigen Verühmtheit verholfen haben, ging er mit einer fühligen Handbewegung hinweg.

Zwischen dem Heiligen und dem Ritter sprachen die Vertreter der beiden liberalen Parteien, zwei Rechtsanwälte, der Nationalliberale Semler aus Hamburg und der Fortschrittler Waldstein aus Altona. Beide überboten sich schier in bedingungsloser Kolonialbegeisterung und produzierten dabei — besonders der Fortschrittler — so muntere Wortgespinne und abgelebte Redekünste, als hätten sie die kapitalistische Kolonialpolitik vor einem Schwurgericht zu verteidigen. Dies kind — kein Engel ist so rein!

Nachdem die erste Runde der Redner aus dem Hause beendet war, erhob sich der Staatssekretär für die Kolonien Dr. Solf. Den wichtigsten Teil seiner Rede hatte er augenscheinlich vor sorglich vorbereitet, woraus wir ihm natürlich keinen Vorwurf machen. Wir erwähnen es nur, um damit den programmatischen Charakter seiner Ausführungen mehr hervorzuhellen.

Herr Solf ist mit Leib und Seele Kolonialpolitiker. Er hat dies durch eine lange Tätigkeit im praktischen Kolonialdienst bewiesen, und er macht es durch den Ernst und die Liebe und auch durch die Sachlichkeit, mit der er sein gegenwärtiges Amt vor dem Reichstage vertritt, glaubhaft. Aber Herr Solf verrät zugleich seine politische Ratselheit, wenn er als wichtigste Voraussetzung für die Kolonialpolitik des Reichstags verlangt, daß die Parteien ihre zuliebe alle ihre Gegensätze vergessen, daß sie die Kolonialpolitik aus dem Rahmen der sonstigen Politik herausheben sollen. Das geht natürlich nicht. Soweit Parteien Grundsätze haben, die aus kritischer Erkenntnis der gesellschaftlichen Zustände erwachsen sind, müssen sie diese Grundsätze allen ihren Handlungen zu Grunde legen. Es mag sein, daß die bürgerlichen Parteien bei der Oberflächlichkeit und der mangelnden Festigkeit ihrer Grundsätze, falls sie überhaupt welche haben, damit Fingball spielen können, so oft es ihr Belieben oder ein Wind von oben oder ein lauhendes Geschäft erfordert. Die sozialdemokratischen Parteigrundsätze lassen eine solche Fingballpolitik nicht zu. Der Herr Staatssekretär wird sich also daran gewöhnen müssen, daß die Sozialdemokratie ihre Stellung zur kapitalistischen Kolonialpolitik nach wie vor von ihren sozialistischen Grundanschauungen bestimmen läßt.

Das schließt natürlich nicht aus, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in der praktischen Kolonialpolitik überall die helfende Hand anlegt, wo immer sich ihr nur eine Gelegenheit bietet, im Sinne der sozialdemokratischen Grundsätze und Forderungen zu wirken. Das ist auch bisher geschehen. Und wenn es in einigen Punkten der deutschen Kolonialpolitik nicht mehr ganz so atg aussieht wie früher, wenn „gelern“ worden ist, so hat die Mitarbeit der Sozialdemokratie in den Kommissionen und im Plenum des Reichstags, wir wiederholen es, in erheblichem Maße dazu beigetragen.

Die sozialdemokratische Antwort auf die bürgerlichen Redner und auf den Staatssekretär wird am Freitag als erster Redner des Hauses Genosse Noske geben.

Abgeordnetenhaus.

In Hurraffimmung beendete das Abgeordnetenhaus am Donnerstag die zweite Lesung des Etats der Eisenbahnverwaltung. Konservativ, Zentrum und Nationalliberale suchten sich gegenseitig in Vohhabeleien des Ministers wegen seiner Abwehr sozialdemokratischer Besetzungen aus dem Heer der Eisenbahner zu übertrumpfen und ihn noch weiter scharf zu machen. Es ist ja ein charakteristisches Kennzeichen der Landtagsmehrheit, daß sie Schwächen von Staatsarbeitern und Beamten, sobald sie von sozialdemokratischer Seite vorgebracht werden, kurzerhand als unbegründet zurückweist. Das wird natürlich unsere Genossen nicht abhalten,

sich auch ferner zu Fürsprechern der Staatskassen zu machen und für die Schaffung geordneter Rechtszustände einzutreten. Freilich einem Beamtenrecht, dessen Regelung seitens des Zentrums gefordert wurde, wird sich die Sozialdemokratie widersetzen, denn ein solches Gesetz, im preussischen Landtag verabschiedet, würde zweifellos die Modifikation des jetzt auf dem Verwaltungswege den Beamten zugefügten Unrechts bedeuten.

Nachdem die kurratriotische Stimmung ihren Höhepunkt erreicht hatte, kam der übliche Schlussantrag, durch den neben mehr als einem Duzend bürgerlicher Redner auch unser Genosse Leinert das Wort abgeschnitten wurde. Man wollte offenbar den Eindruck, den die Phrasen des Ministers und der Vertreter der Mehrheitsparteien vielleicht bei harmlosen Gemütern erzeugt haben, nicht durch die Darstellung dessen, was ist, verwischen lassen.

Es folgten dann in endloser Reihenfolge Redner, die lokale Wünsche und Beschwerden vorbrachten.

Am Freitag wird der Nachtragset und der Etat der Centralgenossenschaftskasse beraten.

Dem Verdienste seine Krone.

Freiherr v. Hertling hat einen hohen preussischen Orden erhalten: den Roten Adlerorden I. Klasse. Wir haben diese bevorstehende Ordensauszeichnung des klerikalen bayerischen Ministerpräsidenten bereits in dem Artikel „Vorspiel zur klerikalen Komödie“ der Nummer 50 des „Vorwärts“ (vom 28. Februar) angekündigt. Allerdings haben wir geschrieben, daß Freiherr v. Hertling der Schwarze Adlerorden, der 1701 von Friedrich I. bei seiner Krönung gestiftete höchste preussische Orden, zugeführt sei; aber erst, nachdem wir jene Zeilen geschrieben, ist bestimmt worden, daß Freiherr v. Hertling sich diesmal mit dem Roten Adlerorden I. Klasse begnügen müsse. Wie wir aus zuverlässiger Quelle wissen, sollte zuerst der Führer des Klerikalismus in Anbetracht seiner hervorragenden „nationalen Verdienste“ den Roten Adlerorden I. Klasse mit Krone erhalten; aber schließlich wurde er sogar des Schwarzen Adlerordens für würdig befunden, durch dessen Verleihung er den Rang gleich hinter den Generalfeldmarschällen erlangt hätte. Nachdem aber der „Vorwärts“ schon am 28. Februar die Auszeichnung des klerikalen Kabinettspräsidenten mit dem orangefarbenen Bande und dem achtspeizigen Adlerstern angekündigt hatte, konnte nach preussischer Tradition unmöglich diese Nachricht durch die Verleihung des Schwarzen Adlerordens bestätigt werden — und so wurde auf den Roten Adler zurückgegriffen.

Wir sind sehr schmerzlich davon bewegt, daß Freiherr v. Hertling durch unser Verschulden der Schwarze Adler entgangen ist, trösten uns aber mit der Annahme, daß später die Verdienste des Herrn Staatsministers um das nationale Wohl voll belohnt werden. Wir hätten ihm gern den Schwarzen Adler gegönnt. Erstens, weil er besser zu Freiherrn v. Hertlings Grundfarbe paßt, zweitens, weil die Devise „Sum cuique“ (Jedem das Seine) viel besser für Freiherrn von Hertling taugt als die Devise des Roten Adlers „Sincero et constanter“ (Aufrichtig und standhaft).

Berdient hat er unbedingt den Orden, denn das Zentrum wollte zunächst, wie wir schon mehrmals berichteten, aus Verärgerung über die Jesuitenangelegenheit eine Oppositionsstellung gegen die neuen Gesetzesvorlagen einnehmen; erst durch den Einfluß des Freiherrn von Hertling gelangte es zum fröhlichen Bewußtsein der im „katholischen Volk“ schlummernden starken nationalen Gefühle.

Gegen Rüstungswahn und neue Massenbesteuerung.

Die sozialdemokratische Fraktion des Landtages für Elsaß-Lothringen hat zur dritten Lesung des Etats der Vertretung beim Bundesrat diese zwei Resolutionen eingebracht:

1. Die Kammer wolle beschließen: den Herrn Statthalter zu ersuchen, den Vertreter Elsaß-Lothringens im Bundesrat dahin zu instruieren, daß er gegen die neue Erhöhung der Ausgaben für Rüstungszwecke stimme.
2. Die Kammer wolle beschließen: den Herrn Statthalter zu ersuchen, den Vertreter Elsaß-Lothringens im Bundesrat dahin zu instruieren, daß er für den Fall der Annahme der angekündigten neuen Militärvorlage und der dadurch notwendig werdenden neuen Steuern nur solchen Steuerprojekten seine Zustimmung gibt, welche eine tatsächliche Belastung des Volkes darstellen, jedwede direkte oder indirekte Belastung der breiten Massen des Volkes aber vollständig ausschließen.

Die preussischen Landtagswahlen.

Wie die „Schles. Volksztg.“ bestätigt, soll die Urwahl am 16. Mai stattfinden; die Wahl der Abgeordneten wird am 3. Juni vorgenommen werden.

Schon wieder ein neues Polen Gesetz

hat die preussische Regierung dem Landtage vorgelegt. Die Begründung liefert als neue den Beweis, daß die Hoffnung der Galatischen, mit solchen Mitteln das Polentum zurückzubringen, eine vergebliche ist. Gleich am Anfang heißt es, daß seit 1886 — d. h. seit dem Beginn dieser glorreichen Polenpolitik —

„die gefährliche Entwicklung des polnischen Volksteils zu einer eigenen, wirtschaftlich und politisch abgeschlossenen und sich abschließenden Macht weiter gedungen ist... Ueber die Grenzen Westpreußens und Posen, seines Hauptstammes, hinaus in Ostpreußen, Pommern und Schlesien sucht sich das Polentum auszubreiten und seinen Landbesitz zu vermehren. Das nationale Vereins- und Verbindungsweesen ist gewaltig entwickelt. Und härter als zuvor lebt in der gesamten polnischen Bevölkerung der Glaube an ihr Volkstum.“

Das ist genau das, was alle verständigen Leute vorausgesetzt haben. Und wenn man trotzdem auf dem gleichen Wege fortgefahren werden soll, so kann man schlechterdings nicht mehr glauben, daß der angegebenen Zweck auch der wirkliche sei, und daß nicht vielmehr wirtschaftliche Sonderinteressen dahinter stehen.

Durch das neue Gesetz, das schon in der nächsten Woche im Abgeordnetenhause zur Verhandlung kommen wird, sollen insgesamt neue 230 Millionen Mark zur Polenbesteuerung bewilligt werden, nämlich: 100 Millionen zur sogenannten Festigung bäuerlicher Güter und zur „Sach-

haftmachung“ deutscher Landarbeiter in Posen und Westpreußen; 75 Millionen zur Fortsetzung der „Siedelungstätigkeit“; 25 Millionen zum Ankauf von Forsten und 30 Millionen zur Erwerbung und eventuellen Aufteilung größerer Güter.

Die Begründung bringt eine lange Aufzählung der vielen Vorteile, welche die Ansiedelung angeblich den beiden Provinzen gebracht habe. Im ganzen sind bisher nicht weniger als 725 Millionen Mark verausgabt worden. Dafür sind rund 20 600 Familien angesiedelt, und es wird nun im einzelnen aufgezählt, wieviel Kirchen, Schulen und öffentliche Gebäude für dieses Geld gebaut sind, wieviel Ackerland entwässert, Moorland urbar gemacht, Wege und Chaussees angelegt sind; 550 000 Obstbäume seien gepflanzt und 166 Musterobstgärten mit 8000 Stämmen gegründet worden; Spar- und Darlehnskassen sowie ländliche Betriebsgenossenschaften seien errichtet worden usw. usw. Durch alle diese Maßnahmen sei es gelungen, die deutsche Bevölkerung in den beiden Provinzen um fast 200 000 Köpfe zu vermehren. Aber wenn man dann die Zahlen der einzelnen Regierungsbezirke vergleicht, so ist nur im Bezirk Danzig ein prozentualer Rückgang der polnischen Bevölkerung eingetreten, in Bromberg ist sie sich gleich geblieben, in Marienwerder und Posen hat sie zugenommen.

Sieht man nun von der nationalen Verheerung ab, so könnte man über die aufgezählten wirtschaftlichen Vorteile sich wohl freuen, wenn das alles eben nicht auf einer künstlichen Beruhung beruhte. Wenn der Staat Hunderte von Millionen Beihilfe leistet, dann ist es kein Kunststück, blühende Dörfer, Aecker und Wiesen zu schaffen. Aber wird das alles aus eigener Kraft bestehen können? Darauf gibt die Regierung folgende Antwort:

„Ohne die Unterstützung durch weitere Siedelung würden die vielen Wirtschaftsgelände, die unter der Einwirkung der staatlichen Geldzuflüsse entstanden oder emporgewachsen und noch nicht gefestigt genug sind, zusammenbrechen; in ihren Zusammenbruch würde eine Reihe anderer, selbst gesunder Teile des wirtschaftlichen Gefüges hineingezogen werden. Der deutsche Bevölkerungsanteil, dessen Vorwärtsbewegung nur durch die staatliche Siedelung hervorgerufen ist, würde wieder zurückgehen und zwar um so mehr, je mehr die erneute Lähmung des Wirtschaftens die Deutschen wie früher zur Abwanderung triebe. Auch die sonstigen Erfolge des staatlichen Vorgehens zur Stärkung des Deutschtums würden preisgegeben.“

Wir meinen, ein schlimmeres Urteil läßt sich über diese ganze Politik gar nicht fällen, als es hier die Regierung selbst tut. Und in der Tat, wenn es sich um eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung handelte, dann müßten alle diese Ansiedelungen doch endlich einmal — nach fast 27 Jahren! — auf eigenen Füßen stehen können, statt daß immer wieder von neuem Hunderte von Millionen für sie gefordert werden.

Zum Schluß bringt die Regierung noch eine hübsche Widerlegung ihrer Enteignungspolitik, indem sie schreibt:

„An geeigneten Bewerber um An siedlerstellen ist kein Mangel. Das Angebot am Grundstücksmarkt ist noch reichlich und seine Aufnahme im allgemeinen ohne Verletzung wichtiger öffentlicher Beziehungen möglich.“

Schau, schau! Das Angebot von Grundstücken ist noch reichlich. Vor ein paar Monaten aber hieß es, die Ansiedelungskommission bekomme nicht genügend Grundstücke angeboten und müsse deshalb enteignen! Jetzt kann sich jeder auswählen, welche Angabe er für wahr und welche er für erdicht hält.

Wo steckt die patriotische Begeisterung?

Im preussischen Dreiklassenparlament können die Prozentpatrioten den Mund nicht weit genug aufreißen, um gegen die „Vaterlandlosigkeit“ der Sozialdemokratie zu eifern. Welcher Lantam wurde dort nicht geschlagen, als unsere Genossen im Berliner Stadtparlament es ablehnten, sich anlässlich der patriotischen Jahrhundertfeier am 10. März an einem Kirchgange zu beteiligen. Aus diesem selben Hause weiß der „Berliner Lokalanzeiger“ zu melden, daß die in Aussicht genommene Festigung des preussischen Abgeordnetenhauses am 10. d. M. aus verschiedenen Gründen, namentlich, weil eine zu schwache Beteiligung der in die Osterferien gehenden Volksvertreter befürchtet wird, nicht stattfinden. Der Tag wird feiungsfrei bleiben.“

Beteiligung an Kaliwerken.

Das Elsaß-Lothringische Parlament nahm gestern in zweiter und dritter Lesung folgenden Gesetzesentwurf über die Beteiligung des Landes an den Kaliwerken mit 33 gegen 18 Stimmen an:

„Das Ministerium wird ermächtigt, behufs Verhinderung der Mittel zur Beteiligung Elsaß-Lothringens an den Kaliwerken, die im Lande betrieben werden, Anleihen bis zum Gesamtbetrage von 6 Millionen Mark aufzunehmen. Der Zinssatz soll 4 vom Hundert nicht übersteigen. Es können an Stelle von Rentenbriefen auch Schuldverschreibungen zur Ausgabe gelangen.“

Mit diesem Gesetze verschafft sich Elsaß-Lothringen außer seinen Steuern seine einzige Nebeneinnahme. Mit 330 Augen beteiligt sich das Land an drei Kaliwerkstätten im Oberelsaß, die nach sachmännischer Schätzung zu den ertragreichsten des Landes gehören. Außer den lothringischen Notabeln waren nur einige Zentrumsmitglieder und zwei liberale Abgeordnete gegen den Gesetzesentwurf. Von sozialdemokratischer Seite wurde besonders auf die Schäden des vorigen Parlaments hingewiesen, das die Beteiligung des Landes an Kaliwerken schon längst hätte beschließen müssen. Daß der Initiative der Sozialdemokratie, die stets und ständig eine Verstaatlichung beantragt hatte, ist nun wenigstens dieser Schritt geschehen.

Nicht bekräftigt.

Die Stadtverordnetenversammlung in Kiel hatte den Stadtverordneten Genossen Adler zum Mitglied der Kommission für die höheren Schulen gewählt. Das Provinzialschulkollegium hat nunmehr dieser Wahl die Bestätigung versagt.

Frankreich.

Das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit.

Paris, 6. März. Der Gesetzesentwurf über die Einführung der dreijährigen Dienstzeit soll bereits heute dem Seereschuss überwiesen werden. In Kammerkreisen verläutet, daß die Prüfung der Vorlage in diesem Ausschuss nicht mehr viel Zeit in Anspruch nehmen werde, da die wichtigsten Grundlagen des gegenwärtigen Militärgesetzes in Kraft bleiben. Es heißt, das Ministerium werde unter Stellung der Vertrauensfrage verlangen, daß die Erörterung des Gesetzesentwurfs im Plenum der Kammer noch vor den Osterferien beginne. Vieles wird die Ueberzeugung ausgeprochen, daß der Gesetzesentwurf eine Mehrheit finden, daß jedoch die Debatte, in der die Sozialisten und ein Teil der Radikalen die dreijährige Dienstzeit energisch bekämpfen werden, eine

ziemlich langwierige sein werde. Der Kriegsminister hat im Hinblick auf die voraussichtliche Einführung des dreijährigen Militärdienstes die Korpskommandeure mittels dringenden Rundschreibens aufgefordert, ihm mitzuteilen, ob in den bestehenden Kasernen noch weitere Truppenteile untergebracht, und ferner, ob die in den verschiedenen Garnisonsstädten befindlichen Klostergebäude, die infolge des Kongregationsgesetzes aufgelassen wurden, als Kasernen verwendet werden könnten.

Die offizielle Begründung des Gesetzes.

Paris, 6. März. Der Bericht, in dem die Gesetzesvorlage über die dreijährige Dienstzeit begründet wird, beginnt folgendermaßen: Es ist die Pflicht aller und in erster Linie die Pflicht einer Regierung, die sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt ist, sich der Lösung des militärischen Problems, das Frankreich jetzt gestellt ist, zu widmen, bei der augenblicklichen europäischen Lage. Während die meisten Völker in voller Aktionsfreiheit Maßregeln zu ergreifen für notwendig erachtet haben, ist die Stunde für uns gekommen, zu untersuchen, ob nichts sich uns gegenüber verändert hat, und wenn ja, für unsere militärischen Einrichtungen die Maßregeln zu treffen, durch die sie sich den unvorhergesehenen Verpflichtungen anpassen können, wenn sie in Entscheidung treten sollten. Die Regierung denkt keineswegs daran, das Gesetz von 1905 zu debauchieren oder den Geist zu verleugnen, der es durchwehte. Das Land beabsichtigt, darauf zu bestehen, daß mit dem Gesetz die Gleichheit der militärischen Lasten zwischen allen dienstfähigen Bürgern sichergestellt und daß unsere Sicherheit durch die gesamte in der Armee zu ihrer Verteidigung ausgebildete und organisierte Nation gewährleistet sei.

Das Gesetz erwähnt den Stand der Geburtenzahlen, insbesondere im Vergleich und in seiner Rückwirkung auf die Verringerung der jährlichen Rentingehälften, damit die Nation und die Armee wirklich für die Sicherheit sorgen können. In dem Tage, wo sie bedroht werden, müssen auch die effektiven Friedensbestände in der Lage sein, den Notwendigkeiten gewachsen zu sein und besonders allen bei Beginn eines modernen Krieges auftretenden Möglichkeiten.

Sozialistischer Protest in der Kammer.

Paris, 6. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Als in der heutigen Sitzung der Kriegsminister Etienne der Kammer die Militärvorlage bekannt machen wollte, rief der sozialistische Deputierte Baillant: „Wir protestieren!“ und Jaurès: „Das ist Wahnsinn!“ Dann ertönten viele Rufe: „Nieder mit der Reaktion. Die Verhöhnung des Präsidenten Deschanel, die Ruhe in der Versammlung herzustellen, blieben erfolglos. Der Kriegsminister blieb auf der Tribüne; vom Zentrum und der Rechten wurde ihm applaudiert. Die Zuschauertribünen wurden geräumt. Deschanel sagte dann: „Ich überlasse diejenigen, die lästerliche Worte aussprechen, ihrer Verantwortung!“ Etienne war aber unfähig, den Gesetzesentwurf zu verlesen, da von den Sozialisten taktmäßig „Reaktion“ gerufen wurde. Endlich trat etwas Beruhigung ein. Gleichwohl blieb Etiennes Bericht über die Motive der Vorlage unverständlich. Nach Schluß des Berichts wiederholten sich die Manifestationen.

Abänderungsanträge.

Paris, 6. März. Trotz des Wunsches des Kriegsministers und des Präsidenten der Kammer, zunächst die Vorlage über den dreijährigen Dienst zu beraten, hat der Seereschuss der Kammer beschlossen, erst die Vorlage über den Kredit von 500 Millionen zu beraten. Dieser Beschluß ist auf die dringenden Vorstellungen der Deputierten Jaurès und Lugol zurückzuführen, die der Meinung sind, daß diese Methode vielleicht eine Reihe von Abgeordneten dazu bringen könne, die Ueberflüssigkeit des dreijährigen Dienstes einzusehen.

Mehrere Deputierte haben in der Kammer einen Zusatzantrag eingebracht, welcher fordert, daß die 500 Millionen für die nationale Verteidigung von den Steuerzahlern aufgebracht werden, die ein Einkommen von mehr als 10000 Frank haben.

England.

Die Triebfedern des Weltrüstens.

London, 5. März. (Fig. Ver.) In dieser Zeit des patriotischen Phrasenschwall, mit dem das wahnsinnige Wettrennen gerechtfertigt werden soll, sind die Worte beachtenswert, die der englische Genosse Herbert Burrows vor einigen Tagen in einem Vortrag vor einer Londoner eifrigen Gesellschaft gebrauchte. Der englische Parteiveteran sagte: „Einige von uns wurden wegen unserer Opposition gegen den Burenkrieg fast aus dem öffentlichen Leben getrieben. Es gibt heute keinen denkenden Menschen in England, der zu sagen wagt, daß die Herren Hobson und Robertson und ich im Unrecht waren, als wir mit den äußersten Anstrengungen versuchten, den Besitzern der Landgruben und den Finanzleuten das Spiel zu verderben, die bequem hier zu Hause in Park Lane saßen, während draußen englisch Blut vergoß und englische Frauen und Kinder zu Tausenden zu Witwen und Waisen gemacht wurden, nur damit das ausländische internationale Kapital die Goldfelder Sibiriens fester umklammern konnte. Und so bin ich denn auch heute ein Todfeind aller Kriegshelden, die beständig von der Sensationspresse, den Kapitalisten, den Finanzleuten, den Wortschöppern inszeniert werden nicht zum Nutzen des von ihnen ausgebeuteten Volkes, sondern zu ihrem eigenen Nutzen und Gewinn. Denn wenn es etwas gibt, was sich beweisen läßt, was wohlbekannt ist, so ist es die Tatsache, daß es diese Leute sind, die hinter den Kriegshelden, dem Kriegsheld und dem Kriege stehend, vor vielen Jahren lebte ich in Chatam und verlebte viel in militärischen Kreisen. Da gab es alte Unternehmer, die aus dem größten aller Fehler und Verbrechen, dem Krimitriebe, ungeheure Vermögen gemacht hatten, und es war fast lässlich, zu hören, wie sie nach einem neuen Kriege verlangten, wie sie sich danach sehnten, damit sie zu den unrecht erworbenen Schätzen neue hinzuzufügen könnten.“ Alles dieses bekämpfe ich, alles dieses bekämpfe ich in dem Glauben, daß die Sozialisten recht haben, wenn sie sagen, daß außer der Friedenspropaganda feind der Versuch gemacht werden muß, die Macht der Finanz und des Geldes, das jetzt die Zivilisation in seinen Klauen hält, zu brechen. Die Schwertler und Spieße werden in den Kontoren und den Börsen der Hauptstädte der zivilisierten Welt geschmiedet.

Marokko.

Zimmer neue Kämpfe.

Meknes, 6. März. Zahlreiche Stämme der Tabla haben am 3. d. M. das Lager bei Duzjem angegriffen. Oberst Mangin umschloß den Feind, während von der anderen Seite die Gamilion anrückte. Die Stadt wurde zertrümmert und ergriff die Flucht, zahlreiche Tote zurücklassend. Auf Seiten der Franzosen wurden 14 Soldaten verwundet, davon 11 leicht, unter ihnen ein Offizier, außerdem zwei Eingeborene.

Gewerkschaftliches.

Unparteiische als Schleifsteinwetzter.

In Nummer 50 des „Vorwärts“ brachten wir einen Artikel über die „kritische Lage im Baugewerbe“ und deuteten damals bereits an, daß bei den Beratungen über das Vertragsmuster leicht eine Verschärfung der Lage eintreten könne. Wie wir erfahren, wird der Arbeitgeberbund mit besonderer Dringlichkeit an der Forderung festhalten, „die Schadensersatzpflicht der Vertragsparteien für Vertragsverletzungen vertraglich festzulegen“. Von dieser Forderung will der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe am 9. März unter keinen Umständen abgehen. Er hat sich zu diesem Zwecke auch zwei lange juristische Gutachten ausarbeiten lassen und zwar durch den Rechtsanwalt Baum-Berlin, Archivar des Verbandes deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, und durch Justizrat Löwenfeld-Berlin, Mitglied des Buchdruckerarbeitsamtes (!). Rechtsanwalt Baum empfiehlt in seinem Gutachten dem Arbeitgeberbund, den Antrag zu stellen:

„daß die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände je 50 000 M. bei der Reichsbank hinterlegen sollen mit der Maßgabe, daß während der Dauer dieses Vertrages die Mitglieder des Zentralschiedsgerichts gemeinsam versicherungsberechtigt sein sollen. Aus dem hinterlegten Betrage werden die von den Tariffinstanzen rechtlich gekündigten Entschädigungen ausbezahlt. Die verurteilte Organisation ist verpflichtet, die Kaution sofort wieder auf den ursprünglichen Betrag zu ergänzen. Der Anspruch auf Ergänzung ist von der gegnerischen Organisation vor dem Schiedsgericht geltend zu machen. Nach Ablauf des Vertrages fallen die gestellten Kautionen an die Vertragsparteien zurück.“

Es mutet recht eigenartig an, wenn Juristen, deren Vertrauensstellung in Organisationen, die dem Ausgleich der wirtschaftlichen Interessengegensätze dienen sollen, ihnen strengste Unparteilichkeit geradezu aufzwingt, ihr Wissen so in den Dienst einer Partei stellen. Es wirkt kein gutes Licht auf die voraussetzungslose Wissenschaft, wenn sie das Unglück hat, sich in ihren Schlussfolgerungen in völliger Übereinstimmung mit den Forderungen zu befinden, welche die auftraggebende Interessentengruppe als Kampfforderung vertritt. Was dem Syndikus einer Interessentengruppe oder auch deren journalistischen Vertretern wohl antehen mag, ist doch eine bedenklliche Sache, wenn es geübt wird von Unparteilichen, die mit Bedacht und Ueberlegung darauf zu halten haben, daß sie das Vertrauen auf keiner Seite verlieren.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Baukempner!

Der Schiedspruch des Einigungsamtes in Sachen des Baukempnerarbeitsamtes ist auch von den Arbeitgebern anerkannt. Daraufhin ist am 6. März der gesamte Vertrag von beiden Parteien auf dem Gewerbegericht unterschrieben anerkannt worden und gilt also damit vom 1. April d. J. ab der neue Vertrag.

Deutscher Metallarbeiterverband. Verwaltungsstelle Berlin.

Der Streik in der Herrenkonfektion.

Einen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Streikbewegung in der Herrenkonfektion nahm eine überfüllte Versammlung der Filiale I des Verbandes der Schneider entgegen. Bevor die Verhandlungen mit den Arbeitgebern über die Stellung der Parteien auseinander. Die Unternehmer suchten es jetzt so darzustellen, als seien die Arbeiter schuld, weil die Verhandlungen in die Brüche gegangen seien. Es sei dies die bekannte Geschichte, wenn man den Kopf zerbrechen habe, suche man die Schuld von sich abzuwälzen. Die Unternehmer hätten anscheinend schon eingesehen, daß die Verhandlungen zu früh abgebrochen wurden. Es seien bereits Stimmen in jenen Kreisen laut geworden, die neue Verhandlungen mit den Arbeitern fordern. Bisher könne nicht gesagt werden, ob neue Verhandlungen in Aussicht ständen. In den Kreisen der Streitenden herrsche die zuverlässigste Hoffnung auf guten Erfolg der Bewegung. Die Arbeitsniederlegung sei auch gut und gleichmäßig erfolgt. Wenn auch in den ersten Tagen noch einige Arbeitswillige vorhanden seien, so wären diese nicht in der Lage, die Bewegung auch nur in geringstem zu beeinflussen. Die Unternehmer suchten die Situation noch weiter zu verschärfen, indem sie ohne Grund noch der Polizei hätten. Bei der Firma H. & C. hier sei die Abarbeitung der unfertigen Arbeit unter polizeilichem Schutz erfolgt. Auch habe die Firma vorübergehend die ganze Wallstraße für Streikposten sperren lassen. In einem anderen Falle hätten drei Schutzleute zur Verfügung, um einen einzigen Arbeitswilligen nach Hause zu geleiten. Es scheine, als hätte die Polizei sonst sehr wenig zu tun. Kriemke wies noch besonders darauf hin, daß auch die „Hosen- und Westenbranche mit in die Bewegung einbezogen sei. Man werde dazu übergehen, über sämtliche Zwischenmeister, die jetzt ihre Schwächen zu zeigen suchen, die Sperre zu verhängen. Die Firma H. Leineweber habe sich ein Auto, das die Nummer 8801 habe, zum Transport von Streikarbeit gemietet. — Alles in allem betrachtet, könne man sagen, der Stand der Bewegung sei ein durchaus günstiger.

Die Lohnbewegung der Schuhmacher.

Eine sehr stark besuchte Versammlung des Schuhmacherverbandes, die am Mittwoch im „Schweizergarten“ tagte, sollte entscheiden, ob in den mechanischen Schuhfabriken die Arbeit niedergelegt werden soll. Bekanntlich wurde in der am Montag abgehaltenen Versammlung mitgeteilt, daß am Dienstag eine noch malige Verhandlung mit dem Vorstand des Fabrikantenverbandes abgehalten würde. Ueber den Verlauf dieser Verhandlung erstattete Hamann Bericht. Zur Forderung des paritätischen Arbeitsnachweises stellen sich die Fabrikanten so: Sie wollen ihren Arbeitsnachweis am 1. Oktober d. J. eingehen lassen und inzwischen mit dem Schuhmacherverband über die etwaige Einführung eines paritätischen Arbeitsnachweises weiter verhandeln, vorausgesetzt, daß die jetzt schwebenden Differenzen friedlich erledigt werden. Schließlich des Mindestlohnes für Fußschneider und Stanger will der Vorstand des Fabrikantenverbandes seinen Mitgliedern empfehlen, den Arbeitern, welche 27 M. und weniger bekommen, eine Lohnhöhe zuteil werden zu lassen. Deswegen sollen die Arbeiterentschüsse der betreffenden Fabriken mit ihren Firmen verhandeln. Für Ueberstunden wurde schon vorher eine Zulage von 10 Pf. bewilligt. Zur freien Lieferung der Furnituren waren die Fabrikanten nicht zu bewegen. — Außer diesen allgemeinen Forderungen werden bekanntlich Lohnhöhungen gefordert, über die in den einzelnen Fabriken verhandelt wird. In dieser Hinsicht ist in den meisten Fabriken eine Verständigung erzielt worden. Nur in vier Fabriken ist dieser Punkt noch nicht geregelt. Mit diesen Firmen wird am Donnerstag nochmals verhandelt. Der Referent empfiehlt der Versammlung, sich noch keine Entscheidung zu treffen, sondern erst die Ergebnisse der Verhandlung mit den vier Firmen sowie die den Zuschneidern und Stangern zu gewährenden Lohnzulagen abzuwarten. Am Freitag soll wieder eine Versammlung abgehalten werden, welche endgültig Beschluß über die dann vorliegenden Verhandlungsergebnisse fassen soll. In der Diskussion widersprachen mehrere Redner dem Vorschlag des Referenten. Sie verlangten, daß an den grundsätzlichen Forderungen festgehalten und nicht länger auf Verhandlungen gewartet werde. Schließlich nahm die Versammlung eine dem Vorschlag des Referenten entsprechende Resolution an.

Verantwortl. Redakt.: Alfred Dieckmann, Inzeratenteil verantw.: E. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt

Deutsches Reich.

Zur Aussperrung im Malergewerbe.

Nachdem der Unternehmerverband jetzt offene Fehde angefangen hat, suchen seine Führer nach einem Vorwand für sein Verbot in der Öffentlichkeit noch bei den Malermeistern selbst auf Verständnis stöckendes Vorgehen. Zuerst sollte es die Lohnhöhe von 2 bis 5 Pf., auf drei Jahre verteilt (ohne Ausgleich für Arbeitszeitverlängerungen für 30 Orte von 1 bis 2 Pf.) sein. Da dieser Vorwand bei der anerkannten Feuerung und bei den vielfach niedrigen Löhnen im Malergewerbe nicht sehr überzeugend wirken dürfte, soll wieder das Vertragsdilemma schuld sein, von dem die Führer des Unternehmerverbandes bei den Verhandlungen selbst mehrmals zugeben mußten, daß es an dem jetzigen Zustand materiell nichts ändert. Dann sollen wieder — nach einem Zirkular des Hauptvorstandes — die am letzten Tage gefällten Schiedssprüche und Erklärungen die Sache so verschärft haben, daß der Unternehmerverband zur Aussperrung gezwungen sei. Eine tarifliche Einigung, so heißt es in dem Rundschreiben, wäre möglicherweise auch dann noch zustande gekommen, wenn wichtige Forderungen untererseits im Tariffchema Aufnahme gefunden hätten. Wir erinnern hierbei z. B. an unsere Forderung, daß alle Ansprüche aus dem Tarifvertrag binnen 10 Tagen nach Entstehen geltend gemacht werden müssen bei Verlust jeglichen Anrechtes auf Erfüllung; ferner daß das Ortsarbitrat sich nur mit solchen Angelegenheiten zu befassen hat, die 10 Tage nach Entstehung zur Verhandlung angemeldet sind; weiter unsere Forderung auf Hinterlegung einer Garantiesumme, um beiden Organisationen die Erfüllung des Tarifvertrages zu garantieren.

Die zuerst erwähnten Schiedssprüche und Erklärungen beziehen sich darauf, daß die Unparteilichen bestimmten: die Ortsarbiträte haben innerhalb sechs Monaten über die Möglichkeit der Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise zu beraten. — Die Forderung einer Frist von 10 Tagen für die Geltendmachung von Ansprüchen aus dem Tarifvertrag mußten die Unparteilichen schon allein deshalb ablehnen, weil sie nicht mit Hilfe des Tarifvertrages bestehende Gesetze über den Haufen werfen konnten. Und die Saispflicht und Kautionfrage wurde gegenstandslos, weil die Unternehmer keinen Fall anzuführen in der Lage waren, in dem die Gehilfenorganisation sich einer Verletzung des Tarifvertrages schuldig gemacht hat. Die darüber angehängte Abrechnung blieb aus, als die Arbeitervertreter erklärten, sie haben dieser mit denkbare ruhigstem Gewissen erwartungslos entgegen.

Wenn das also die neuesten Kampfschritte des Unternehmerverbandes gegen die Schiedssprüche sind, so wird die Öffentlichkeit sich bald allgemein fragen, wo die Unternehmer den Mut hernehmen, aus diesem Anlaß einen allgemeinen Kampf zu führen. Dann wird es schon stimmen, was der Vorsitzende des Gau I des Unternehmerverbandes in einem Zirkular feststellte, daß es sich darum handelt, die Kasse der Gehilfenorganisation zu leeren. Der Plan des Unternehmerverbandes geht nun dahin: Am 5. März sperrt Gau I (Norddeutschland) aus, am 6. März folgt Rheinland und Süddeutschland, am 7. März kommt Mitteldeutschland, Ost- und Westpreußen daran, und am 8. März folgt Berlin mit Brandenburg. Ob nur die Organisierten oder auch die „Reisitzerer“ ausgesperrt werden, bleibt den einzelnen Gauen überlassen, während Christliche und Hirsch-Dundersche von der Aussperrung nicht betroffen werden sollen.

Die Unternehmer hatten jedenfalls erwartet, die Gehilfen würden durch umfangreiche Arbeitsniederlegungen die Geschäfte der Unternehmer besorgen. Da das nicht geschehen ist, werden die Unternehmer also zunächst selbst zeigen müssen, wie ihre Aussperrung sich gestaltet. Das ist sehr fatal für die Herren, die grundlos einen Kampf provozieren. Dieser Stimmung gab denn auch der Vorsitzende Kruze des Unternehmerverbandes feierlichen Ausdruck, indem er bedauerte, daß die Gehilfen nicht zum Angriff übergingen. Die Malergehilfen werden sicher geschult genug sein, den Wünschen der Unternehmerverbandsführer nicht zu folgen; sie werden die Aussperrung ruhig abwarten und der Parole ihrer Organisationsleitung folgen.

In Chemnitz ist in einer überaus zahlreich besuchten Versammlung der Malergehilfen der Streik beschlossen worden, und zwar einstimmig in geheimer Abstimmung. Die Organisationsleitung hatte eine vorläufig noch abwartende Haltung empfohlen. Etwa 700 Gehilfen besaßen sich im Ausland. Damit, daß in der ersten Zeit des Ausstandes keine Unterstützung gezahlt werde, erklärten die Streikenden ihr Einverständnis.

Unsere meuliche Mitteilung, daß in Hamburg 5000 Maler ausgesperrt seien, bedarf der Korrektur. Die Zahl der Aussperrten beträgt dort kaum 700. In Kiel wurden nur 144 Aussperrungen vorgenommen. Im ganzen kann die Aussperrung im Gau I (Norddeutschland) schon jetzt als ins Wasser gefallen angesehen werden.

Lohnbewegung in den Brotfabriken von Köln und Düsseldorf.

Die Brotfabrikanten haben es abgelehnt, über eine eingereichte Tarifvorlage mit den Organisationsvertretern zu verhandeln. Nicht die Höhe der Arbeiterforderungen war für diese Ablehnung maßgebend, sondern die im Brotfabrikantenverband organisierten Unternehmer weigern sich prinzipiell, die gewerkschaftliche Organisation anzuerkennen und mit dieser einen Tarifvertrag abzuschließen. Die Arbeitsniederlegung wird voraussichtlich in den nächsten Tagen erfolgen. Es werden in 24 Betrieben etwa 250 Personen in Frage kommen. Zugang von Vätern nach Köln und Düsseldorf ist strengstens fernzuhalten.

In Ostelbien machen wir das so!

Der Vorsitzende des Verbandes der Töpfer, Filiale Danzig, hatte am 8. Januar d. J. eine polizeiliche Vernehmung wegen Vergehens gegen den berühmten § 103 R.G.B. Ohne irgendwelche weitere Verhandlung erhielt er dann vor einigen Tagen folgenden Strafbefehl:

„Auf den Antrag der königlichen Staatsanwaltschaft wird gegen Sie wegen der Beschuldigung, am 20. November 1912 zu Danzig andere durch Drohung und Erzwörung bestimmt zu haben, an Verhandlungen und Vereinbarungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter, teilzunehmen bzw. ihnen Hilfe zu leisten, Vergehen gegen § 103 R.G.B., worfür als Beweismittel bezeichnet ist: 1. eigene Angaben, 2. Zeugen: a) Kaufmann Berthold Fisch, Köpferstr. 14, b) Töpfermeister Johann Salewski, Johannisstr. 33, c) Ofsener Max Salewski, ebenda, d) Ofsener Walter Müller, Stadtgebiet 43 — eine Gefängnisstrafe von 1 — einer — Woche festgesetzt. Zugleich werden Ihnen die Kosten des Verfahrens auferlegt. — Dieser Strafbefehl wird vollstreckbar, wenn Sie nicht binnen einer Woche nach der Zustellung bei dem unterzeichneten Bericht schriftlich oder zum Protokoll des Gerichtsschreibers Einspruch erheben. Die Kosten betragen 1,10 M.“

Ausgefertigt Danzig, den 12. Februar 1913. — Ein abgekürztes Gerichtsverfahren wie in diesem Falle ist wohl nicht möglich. Es lehnt sich in, wenn auch anderer, so doch ebenbürtiger Weise an die vor einigen Monaten im Ruhrgebiet beliehene Gerichtspraxis an. Beachtenswert ist besonders in dem Strafbefehl, daß eine volle Woche Gefängnis ausgeworfen wird und ein Ersatz durch Geldstrafe gar nicht vorgesehen ist. Einspruch gegen diese Art der Gerichtsbarkeit ist selbstverständlich erhoben worden.

Um die Bier- und Kinosteuer.

wurde in der Berliner Stadtverordnetenversammlung gestern ein heftiger, erbitterter Kampf geführt. Der Ausschuß, dem die Magistratsvorlage überwiesen worden war, empfahl sie zur Annahme mit einigen „Verbesserungen“, durch die er sie schmuckhafter zu machen versucht hatte. Die sozialdemokratische Fraktion erklärte sich nach wie vor mit aller Schärfe gegen diese Verteuerungspolitik des Kommunalfreisinn, die sich dem Brot- und Fleischwucher der Agrarier würdig an die Seite stellt. Aber die freisinnige Stadtverordnetenmehrheit war entschlossen, das Steuerprojekt durchzubringen, um noch einmal der Notwendigkeit einer Erhöhung des Einkommensteuersatzes zu entgegen.

Wie die Biersteuer das Gastwirtsgebäude schädigen muß und bei einer Abwälzung auf die Konsumenten zu einer weiteren Belastung der minderbemittelten Bevölkerung führen wird, das wurde von unserem Genossen Zubeil in einer sehr wirkungsvollen Rede dargelegt. Rücksichtslos kennzeichnete er die „Mittelsstandspolitik“, die der Berliner Kommunalfreisinn mit dieser Biersteuer treibt. Die Wortführer des Freisinn bestritten, daß sie eine fühlbare Belastung bringe, und allen voran erklärte Stadtverordneter Cassel: „Die Verantwortung werden wir tragen!“ Unser Genosse Wille zeigte, daß den Vorteil schließlich die Großbrauereien haben werden. Von den Freisinnigen stellte nur eine kleine Gruppe unter Führung des Stadtverordneten Marx Schulz sich an die Seite der sozialdemokratischen Fraktion, aber die Annahme der Biersteuervorlage konnte dadurch nicht verhindert werden.

Das beschämende Schauspiel wiederholte sich bei der Kinosteuer. Hier geistelte Genosse Adolf Hoffmann die „Steuerkunst“ der liberalen Stadtverwaltung, die nicht danach fragt, was sie zugrunde richtet. Sein Ausruf, die Kinosteuer vorlage gehöre an den Schandpfahl des Liberalismus, brachte ihm einen Ordnungsruf ein. Auch hier reichte die Unterstützung durch eine Gruppe der Freisinnigen nicht aus, die Annahme zu verhindern. Erfolglos blieben auch alle Versuche, aus den Bestimmungen der Steuerordnung wenigstens einige ihrer schlimmsten Härten zu beseitigen. Mit dem Stadtkämmerer Bösch erklärte die freisinnige Mehrheit sich gegen die beantragten Abmildigungen, weil sonst die Steuer nicht genug bringen werde.

„Die Verantwortung werden wir tragen!“ sagte Herr Cassel, aber so ganz wohl schien ihm und den Seinen bei diesem stolzen Wort doch nicht zu Mute zu sein. Auf der überfüllten Tribüne, deren Besucher bis zu dem erst um 11 Uhr abends eintretenden Schluß der Sitzung ausshielten, kam es mehrfach zu stürmischen Mißfallensentgehnungen. Das war ein schwarzer Tag für den Berliner Kommunalliberalismus.

Letzte Nachrichten.

Attentat auf einen Stadtbahnzug.

Ein nichtswürdiger Bubensstreich wurde gestern Abend auf der Stadtbahn verübt. Auf dem um 8 Uhr 35 Min. auf Bahnhof Börse fällige Sidingzug sah auf der Fahrt nach der Richtung Alexanderplatz besand, wurde von einem in entgegengesetzter Richtung fahrenden Stadtbahnzuge aus ein harter Schlag abgegeben. Die Kugel durchbohrte mit lautem Knall das Fenster eines Wagenabteils des Sidingzuges, ohne indes glücklicherweise einen der Passagiere zu treffen. Durch die umherfliegenden Glassplitter der zertrümmerten Scheibe wurde jedoch ein Herr nicht unerheblich verletzt. Leider war es bisher nicht möglich, den Verüßer dieser gemeinen Tat, die leicht ein Menschenleben hätte vernichten können, zu ermitteln.

Der Wahlreformentwurf des französischen Senats.

Paris, 6. März. (W. T. V.) Der heute verteilte Wahlreformentwurf des Senatsausschusses steht in vollständigem Widerspruch zu der von der Kammer angenommenen Vorlage. Er verwirft das Verhältniswahlssystem und verlangt, daß die Deputiertenwahlen auf Grund des Mehrheitsprinzips und der Listenwahl erfolgen. Jedes Departement soll mindestens drei Deputierte wählen. Die Deputierten sollen für 6 Jahre gewählt werden, doch soll sich die Kammer alle drei Jahre zur Hälfte erneuern, und zwar so, daß die auscheidenden Deputierten durch das Los bestimmt werden.

Vertagung des belgischen Generalstreiks.

Brüssel, 6. März. (W. T. V.) 30 Delegierte des Komitees für das allgemeine und gleiche Wahlrecht und einige sozialdemokratische Abgeordnete verhandelten heute im Rathaus zu Brüssel mit den Bürgermeisterern der großen belgischen Städte, die im Laufe der vorigen Woche bei dem Ministerpräsidenten zugunsten eines Ausgleichs in der Wahlrechtsfrage vorstellig wurden und die morgen wiederum von ihm empfangen werden. Nach längerer Beratungen wurde folgende Resolution seitens des Nationalkomitees zur Vorbereitung des Generalstreiks mitgeteilt: Das Nationalkomitee nimmt Kenntnis von den Bemühungen der Bürgermeister der großen Städte und von der Erklärung, daß sie nichts vernachlässigen werden, um die Regierung dazu zu veranlassen, die Verfassungszerevision in Angriff zu nehmen und gibt, um den Bürgermeistern und der Regierung Gelegenheit zu geben, eine Verständigung in voller Freiheit zu finden, bekannt, daß die Proklamierung des Generalstreiks für den 14. April zurückgezogen ist.

Verstarbeiterstreik in Italien.

Triest, 6. März. Infolge einer Auseinandersetzung zwischen einem Ingenieur und einem Werksleiter der Werft San Marco des Stabiliments tecnico legten gestern etwa 1000 Arbeiter der Werft die Arbeit nieder. Die Streitigkeiten sind bisher noch nicht geschlichtet.

Vom Eisenbahnzug überfahren.

Hamborn, 6. März. (W. T. V.) Auf der Strecke Hamborn-Neumühl wurden zwei unbekannte Männer von einem Zuge erfasst und auf der Stelle getötet. Da die Leichen fürchtbar verblutet sind, so konnten sie noch nicht rekonstruiert werden.

Nach Abzug der Unkosten (Gehälter, Gewinnanteile an Vorstand und Beamten, Steuern und sonstige Handlungsunkosten) im Betrage von 90,138 Millionen (1911: 26,726 Mil.) ergab sich ein Reingewinn von 84,348 Millionen (i. V. 33,467 Mil.). Die Dividende wird wiederum 12 1/2 Proz. betragen und erfordert auf das 200 Mil. Reichs-Betragende Aktienkapital 25 Millionen. Außer den schon unter Unkosten verbuchten Abschreibungen überweist die Bank noch 2,5 Millionen an den Reservefonds. Die bilanzmäßigen Reserven erhöhen sich damit auf 112,5 Mil. Reichs oder 56,25 Proz. des Aktienkapitals. Ueber die Höhe der stillen Reserven ist nichts bekannt.

Einen Einblick in die Bedeutung des Finanzinstituts gibt auch die Bilanzanstellung:

Table with columns for Aktiva, Passiva, and years 1912 and 1911. Rows include Kasse, Schecks, Depositen, etc.

Die Einschränkung der Börsenspekulation bei dem Publikum drückt sich in dem Rückgang der Report- und Lombard-

Vorschüsse aus. In Forderungen (Debitoren) hat die Bank 670 Millionen ausstehen. An Depositengeldern sind ihr 688 Millionen zur Verfügung gestellt. Selbst aufgenommen hat sie weiter 887 Millionen. Neben einem eigenen Kapital von 310 Millionen (Aktienkapital plus Reserven) verleiht die Deutsche Bank noch Kapitalien von mehr als 2 Milliarden Reichs.

Darmstädter Bank.

Die Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) weist gegenüber 1911 kaum erhöhte Einnahmen auf. Der Bruttoertrag beträgt für 1912 24,066 Millionen (1911: 24,361 Millionen), der Reingewinn 11,155 Millionen (1911: 11,147 Millionen). Die Dividende wird wie im Vorjahre auf 6 1/2 Proz. bemessen. Sie zehet mit 10,4 Millionen auf 100 Millionen Aktienkapital fast völlig den Reingewinn auf. Erhöhung der Einnahmen aus Zinsen, Provisionen und Vorkaufs der Gewinne aus den Effektengeschäften und Finanzoperationen charakterisieren den Abschluß auch dieser Großbank.

Ludwig Poewe.

In der gestrigen Sitzung des Aufsichtsrats der Ludw. Poewe u. Co. A.-G. Berlin legte die Direktion den Abschluß des vergangenen Geschäftsjahres vor, nach welchem bei erhöhten Abschreibungen der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 18 Prozent (wie im Vorjahre) vorgeschlagen werden soll.

Verfassungen.

Der Geburtentüchling — eine revolutionäre Waffe.

So lautete das Thema eines Vortrages, den Genosse Dr. Alfred Bernheim am Dienstag in einer öffentlichen Versammlung des zweiten Wahlkreises hielt. Anknüpfend an die in letzter Zeit geflügelten Erörterungen über das Problem des Geburtentüchlings sagte der Redner: In den offiziellen Äußerungen unserer Partei zu dieser Angelegenheit vermisse er eine klare Stellungnahme. Genosse Eröbel habe im Landtage gesagt, er bestände den Geburtentüchling, wir seien nicht schuld daran, wir geben keine Ratsschlüsse zum Geburtentüchling. Auch der „Vorwärts“ habe geschrieben, er sei weit entfernt, eine Beschleunigung

des Geburtentüchlings zu wünschen. Der die sozialen Verhältnisse und das Elend des Proletariats aus eigener Anschauung kennt, der müsse hierüber anders denken, sagte der Redner. Die sozialistische Theorie sei ja abgetan. Die Möglichkeit sei gegeben, noch viel mehr Menschen zu ernähren als existieren. Aber die wahnsinnige Art, wie in der kapitalistischen Gesellschaft die Güter verteilt werden, lasse den Familiennutzen für viele Tausende des Volkes als ein Unglück erscheinen. Im Prinzip — erklärte der Redner — sei er für starke Zantien. Aber wie die Verhältnisse heute liegen, bei dem Elend und Jammer in der Arbeiterbevölkerung, sage er: Bis hierher und nicht weiter! Wenn von gegenwärtiger Seite gesagt werde, die Verringerung der Geburten sei eine waterländische Gefahr, so mühten wir sagen: Sorgt dafür, daß die Arbeiter Brot genug haben für ihre Kinder, dann läßt sich über diese Frage reden. Wenn die Arbeiterklasse zu ihrem Ziele kommen wolle, so bedürfe sie der Organisation. Waffen im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse seien: die Geburtenbeschränkung, der Alkoholbottich, der Austritt aus der Landeskirche. Diese drei Waffen, praktisch gehandhabt, würden Erfolg bringen. Aber wir hätten noch eine Waffe, den Generalstreik. Die Erziehung der Arbeiter zum Generalstreik müsse uns besonders am Herzen liegen. Die Ausführungen des Referenten fanden lebhaften Beifall. Der einzige Diskussionsredner, Genosse Schimmelpfennig, sprach im Sinne des Referats und empfahl die Durchführung des Zweifelhinderplans.

Verband der Schneider. Die Filiale Berlin I hielt Mittwochabend eine allgemeine Mitgliederversammlung ab. Nach einem interessanten Lichtbildervortrag beschäftigte man sich mit dem Streik in der Herrrentenkostumfabrik. Friedrich Kunze gab dann einen Bericht über die letzte Bewegung in der Kostumbranche. Nach dem neuen Tarif, der sich gegenwärtig im Druck befindet, müsse ab 1. März gekämpft werden. — Gegen eine Stimme nahm die Versammlung einen Antrag an, das Gehalt der Bevollmächtigten Kunze und Kölsch auf Grund der Beschlüsse des Kölner Verbands zu erhöhen, dem der Sekretäre des Hauptverbandes gleichzustellen. — Kunze machte noch einige geschäftliche Mitteilungen. Er wies darauf hin, daß jeder Kollege, der den Bezirkstaktungen wiederholt unentschuldig fernbleibe und sich weigere, das Lohnbuch zur Kontrolle vorzulegen, gegen das Statut verstoße. Es wurde beschlossen, gegen diese Kollegen von dem statutarischen Rechte Gebrauch zu machen.

Teure Zeiten erfordern sparsames Wirtschaften. MAGGI'S Suppen sind billig, nahrhaft und wohlschmeckend. 1 Würfel für 2-3 Teller 10 Pfg. — Mehr als 40 Sorten. Verlangen Sie aber bitte ausdrücklich MAGGI'S Suppen.

Theater und Vergnügungen. Schiller-Theater O., Herrnfeld Theater, Urania, Zirkus Busch, Passage-Panoptikum, Froeschlucken, Clou, Neue Welt, Theater Königstadt-Casino, etc.



A. Wertheim



Leipziger Str. 126-30
132-37

König-Str.

am Bahnhof
Alexander-Platz

Rosenthaler Strasse

Oranien-Strasse

G. m. b. H.

Versand-Abteilung:
Leipziger Str. 132/37

Preiswerte Lebensmittel

Soweit vorhanden. Insetiertes Obst, Gemüse, Wild und Fische können nicht zugesandt werden.

Ochsenfleisch

Pa. Schmorfleisch . Pfund	90 Pf.	1.00	
Fehlrippe . Pfund	80 Pf.	Brust . Pfund	75 Pf.
Kamm u. Querrippe . Pfund	70 Pf.		
Pökeltzunge . Pfund	1.25	Brust . Pfund	95 Pf.
Talg . Pfund	50 Pf.	ausgelassen . Pfund	60 Pf.
Gulasch . Pfund	70	Gehacktes . Pfund	60 Pf.

Kalbfleisch

Keule und Rücken . im Ganzen . Pfund	1.05
Brust, Kamm u. Bug . Pfund	80 Pf.
Brustspitze . Pfund	1.00

Schweinefleisch

Schinken im Ganz . Pfund	90 Pf.	Kotelettes . Pfund	1.05	
Kamm und Schuft . Pfund	95 Pf.			
Filet . Pfund	1.30	Bauch . Pfund	80 Pf.	
Rückenfett . Pfund	70	Liesen . Pfund	75 Pf.	
Kassel. Rippespeer . Pfund	90	bis	1.05	
Hasen gestreift . Stück	3.50 bis	4.00		
Renntier: .	Keule	Rücken	Blatt	Ragout
	1.00	0.80	0.70	0.30

Kakao und Schokolade

Deutscher Kakao . Pfund	60 Pf.	1.00
Deutscher Kakao In Pack . Pfund	1.40, 1.70	
Block-Schokolade . Pfund	80 Pf.	
Haushalt-Schokolade . Pfund	95 Pf.	
Vanille-Schokolade . Pfund	1.20, 1.30	

Tee

Souchong-Melange . Paket ca. 1.30					
Souchong-Melange . Paket ca. 65 Pf.					
Souchong-Melange	I	II	III	IV	V
	1.90	2.30	2.80	3.40	4.20
Kongo-Melange . Pfund	2.60, 4.20				
Ceylon-Melange . Pfund	3.40				
Pecco-Melange . Pfund	4.80				
Darjeeling-Melange . Pfund	6.40				

Freitag und Sonnabend aus der eigenen Konditorei:

Napfkuchen
hausbackene Art, mit oder ohne Rosinen
Stück **45, 90 Pf., 1.80**

Fische

Kabeljau ohne Kopf, in ganzen Fischen . Pfund	12 Pf.	
Seelachs ohne Kopf, in ganzen Fischen . Pfund	14 Pf.	
Schellfische Pfund	12, 22, 25 Pf.	
Rotzungen . Pfund	15, Goldbarse 22 Pf.	
Seezungen . Pfund	80, Schollen 18 Pf.	
Tafellachs in ganzen Fischen . Pfund	65, 88 Pf.	
Tafelzander . Pfund	68, Grüne Heringe . Pfund	6 Pf.
Lebende Plötzen Pfund	43 Pf.	
Leb. Karpfen . Pfund	75, 90 Pf. Spiegel . Pfund	1.00
Leb. stärkere Aale Pfund	1.15	
Lebende Hechte Pfund	1.15	

Geflügel

Junge Gänse Pfund	1.25
Suppenhühner . Stück	1.75 bis 2.75
Junge Hähne Stück	1.95, 2.50
Poulets Stück	1.70, Schneehühner 1.10
Puthennen . Pfund	1.10, -hähne 1.00
Suppentauben Stück	55 Pf.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig 2 fettgedruckte Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf., das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 13 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche! (schlechte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichläger Drumm, Fiedeler Markt 4, Bahnhofstraße. (Zeder des Bodwärts' erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Betten, Stand 9., Brunnensstraße 70, im Keller. 13098*

Wortjährige elegante Herrenanzüge und Valetots aus feinsten Stoffen 30-40 Mark, Damen 6-14 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21.

Federbetten, Stand 10, 15, 20, 25, 30, feinste Federbetten, Winterpaletots, Bettische (portable), Handbühnen (Küchenplatz) 7. 20418*

Hermanditas 6. Handbühnen, Schwebtische, Badetische, Gebirgs- und Herrenpaletots, Herren- und Herren- (herausragend), Herrenpaletots, Bettische (portable), Handbühnen (Küchenplatz) 7.

Grundbegriffe der Politik, von Friedrich Stapfer, Gebunden 3 M., Buchhandlung Bodwärts, Lindenstraße 69 (Laden).

Wandkalender, dreifach, komplett 7.50, Wandkalender 6.00, Wandkalender 2.50, Wandkalender 1.50, Bannend billig. — Der Geschäftliche — Große Wandkalenderstraße 92 — Radfahrer 6 (Wedding) — Schönhauser Allee 121 (Gleimstraße) — Neufölln, Berlin-straße 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, haben Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurzeit zu machen! (absolut billige Kaufpreispresse!) Abnehmen noch zehn Prozent Rabatt. Woll-Tepichhaus, Dresdenstraße 8 (Rottbuhlfestor).

Moderne Künstlergardinen, (portable) Inventurpreispresse: zwei Scheel und ein Lambrequin: 3.85, 4.50 bis 10.50, Gardinen: 2 Scheel 1.50, 2.50 usw. Woll-Tepichhaus, Dresdenstraße 8 (Rottbuhlfestor), Abnehmen noch 10 Prozent Rabatt. 1258*

Wandanzüge und Winterpaletots von 5 Mark (siehe oben) von 1.80, Gebirgsanzüge von 12.00, Handschuhe 2.50, Herre für elegante Figuren, Neuz-Garderobe zu namengebühren Preisen, aus Wandbühnen verschiedene Sachen (aus am billigsten bei Nah. Kaufstraße 14.

Gardinen! (schlechte) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichläger Drumm, Fiedeler Markt 4, Bahnhofstraße. (Zeder des Bodwärts' erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Wandkalender, dreifach, komplett 7.50, Wandkalender 6.00, Wandkalender 2.50, Wandkalender 1.50, Bannend billig. — Der Geschäftliche — Große Wandkalenderstraße 92 — Radfahrer 6 (Wedding) — Schönhauser Allee 121 (Gleimstraße) — Neufölln, Berlin-straße 102. 658*

Verkaufen Sie nicht, haben Bedarf in Gardinen, Teppichen, Steppdecken, Tischdecken usw. jetzt während der Inventurzeit zu machen! (absolut billige Kaufpreispresse!) Abnehmen noch zehn Prozent Rabatt. Woll-Tepichhaus, Dresdenstraße 8 (Rottbuhlfestor).

Moderne Künstlergardinen, (portable) Inventurpreispresse: zwei Scheel und ein Lambrequin: 3.85, 4.50 bis 10.50, Gardinen: 2 Scheel 1.50, 2.50 usw. Woll-Tepichhaus, Dresdenstraße 8 (Rottbuhlfestor), Abnehmen noch 10 Prozent Rabatt. 1258*

Wandanzüge und Winterpaletots von 5 Mark (siehe oben) von 1.80, Gebirgsanzüge von 12.00, Handschuhe 2.50, Herre für elegante Figuren, Neuz-Garderobe zu namengebühren Preisen, aus Wandbühnen verschiedene Sachen (aus am billigsten bei Nah. Kaufstraße 14.

Zigarrengeschäft, gutgehend, mit Zahlstelle des Metallarbeiter-Verbandes, anderer Unternehmung halber sofort billig zu verkaufen. Zu erfragen Bodwärts-Expedition Sponbau, Dreierstraße.

Möbel.
Möbel ohne Geld! Bei keiner Anzahlung geben Bierstühlen und einzelne Stühle auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Laden läuft bei uns. Krefmann & Co., Koppensstraße 4. (Schleifher Bahnhof). 25418*

Teilzahlung. Möbelleinrichtung, Stühle und Küche 15 Mark. Verleihen gewasene Möbel (portable). Berlin, Kottbusstraße 49. 2208*

Arbeiter-Wohnungen. Für jedermann leicht erwerblich, sehr billig, auch gebrauchte Möbel, gut erhalten, große Auswahl. Teilzahlung geru gehaltet. Kaufpreis (Jahresvergütung) keine Anzahlung, bequeme Abzahlung nach Wunsch der Käufer. Gabelier Tischlermeister, Kottbusstraße 54. Kein Abzahlungs-Geschäft.

Möbel, Leder, Spezial-Möbel. Haus auf Kredit und gegen bar. 1. Geschäft: Brunnensstraße 7, am Rosenfelder Platz. 2. Geschäft: Kottbusstraße 174, Ecke Fennstraße. Stühle und Küche Anzahlung vor 15.- an. Einzelne Möbelstücke, Anzahlung von 5.- an. Kleinen, Kunden, Bettische, Kasten, Vorzeichen dieses Anzeigers erhält beim Kauf von 50.- an 5.- gutgehenden. Weitere auch nach auswärts. Sonntags geöffnet von 12-2 Uhr. 27248*

Möbel-Teilzahlung (siehe Bestimmung). Dresdenstraße 124, am Rottbuhlfestor. Auf Kredit und bar. Stühle und Küche, Anzahlung von 15 Mark an. Beantworten ohne Anzahlung. Weitere auch auswärts. Vorzeichen dieses Anzeigers erhält 5 Mark gutgehenden. Sonntags 12-2 geöffnet. 2268*

Blüschlöcher 40.00 bis 80.00, Chaiselongue 18.00, Truhen, Kleiderkranz, englische Bettstellen 25.00. Kein Laden, daher so billig. Expeditor Walter, Stargarderstraße 18.

Teilzahlung und Kauf. Neues Möbelgeschäft liefert Möbel für Stühle und Küche mit 20 M. Anzahlung, kleinste Kasten. Auch einzelne Möbel. Mehrere Möbel werden in Zahlung genommen und gegen moderne umgetauscht. Teppiche, Portieren, Vorläufer usw. ohne Anzahlung. Offerten Postlagernd 12 Wochen 22. 2188*

Kommode 7.00, rote Nüchternzimmer 40.00, verkauft Rudolph, Lichtenberg, Kanitzstraße 4. 2104

Teilzahlung. Möbel für Stühle und Küche von 15.- Anzahlung an. Einzelne Möbelstücke von 5.- Anzahlung an. Kleinsten Kastenanzahlungen. Kunden, welche in anderen Geschäften ihr Konto beglichen haben, bekommen bei mir alles ohne Anzahlung. Auch Teppiche, Gardinen, Vorläufer, Bilder, Uhren usw. Lenningsplatz, Blumenstraße 2. 2198*

Bürgerliche, vollständige Kuchensammlung, alles neu, auch einzeln, für jeden annehmbaren Preis. Glas, Rosenlocherstraße 57, born III. 4215*

Küchenmöbelfabrik verkauft billig an Privat. Offerten M. 16, Gertrudemanns-Annoncenbureau, Alexanderplatz. 2138*

Verbleiben werden Möbelstücke durch allerlei Unfälle! Brautleute, welche volle Einrichtung preiswert kaufen wollen, kaufen beim Tischlermeister Böler, Dresdenstr. 107/108, Möbelstücke, Schlafzimmer, Speisezimmer, Wohnzimmer, moderne Küchenmöbel, Vorkamerale eigener Fabrik. Langjährige Garantie. Günstige Zahlungsbedingungen. Böler, Dresdenstr. 107/108. 2458

Küchenmöbel, fast neu, billig zu verkaufen. Schöne, Kottbusstraße 87.

Anrichtertische, 8 teilig, Büffel 110 cm, mit moderner Verglasung komplett 90.00. Einmal billig. Fabrik (Kottbusstraße) 25, an der Hochbahn.

Verkäuflich: Gute Bierstühle, hochseines Piano, Bett, Schreibtisch, Anstaltbecken, Gasbrunn, Messerschneide. Könnigerstraße 11, born I links. 44/11.

Verkäuflich (Möbel verbleiben): prachtvolles Blüschlöcher, Umbau, moderne Kuchensammlung, fast neu, Rosenlocherstraße 4 born I, Ecke.

Platinabfälle, Gramm 5.70, Silber, Silber, Zahngelbte, Stanniol, Quecksilber laut höchstzahlenden Büchlein, Schmelzerlei, Kugelschmelzer 19 III. +3*

Hochzahlende, Metalle, Zahngelbte, Platinabfälle, Gold, Silber, Quecksilber, Retortenschmelze Christiani, Röhrenschmelze (gegenüber Rautenschmelzer). 1/12*

Platinabfälle, Zahngelbte, Gold-einfach, Silber, Quecksilber, Stanniol höchstzahlende Schmelzerlei Müller. Kottbusstraße 10. 2082*

Patentanwalt Müller, Büchler-straße 61. 24398*

Vermietungen.
Wohnungen.
Bohlerstraße 23. Oft (schöne Stube und Küche) billig zu vermieten. 213/3

Schlafstellen.
Schlafstelle, Sing, Schmelzerstraße 17. 29

Mietsgesuche.
Kellerer Herr wünscht freundliches Heim. Müller, Petersburger Platz 4. 2111

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Suche zum sofortigen Eintritt einen Lohnempfänger für mein gutgehendes Restaurant in Teltow. Zu erfragen Teltow, Berlinerstraße 16. Rautow erforderlich 500.00. 2518

Lehrling, Goldschmelzer Müllermeister jr., Brunnensstraße 194.

Wissenschaften, Kottbusstraße 17. 29

Lehrmädchen zur Erlernung der Buchbinderei gesucht. Sofortige Vergütung Mark 24.- monatlich. Adolf Rosen, Wallstraße 18. 27748*

Freiwilliger bei jedem Lohn gesucht. Adolf Pöschel, Rosowes.

Zeitungsfrauen verlangt Kronensstraße 2. 27535*

Lehrmädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren, aus achtbarer Familie, gegen monatliche Vergütung sofort gesucht. Meldungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes 10-2 Uhr vormittags oder 6-8 Uhr nachmittags. H. Jandorf u. Co., Belle-Alliance-straße 1-2. 2558*

Silberhochzeit zeigt an
Emil Rückhard nebst Frau
geb. Bernerd. 70th

Todes-Anzeigen

Deutscher Buchhändler-Verband
(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern die traurige
Nachricht, daß unser Kollege, der
Einkäufer
Willi Tschenshy
freiwillig aus dem Leben schied.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 8. März, nachmittags
1/2 3 Uhr, auf dem Neuföhner
Gemeindfriedhof, Mariendorfer
Weg, statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse
der deutschen Wagenbauer.**
Bezirk 17.
Am Dienstag verschied plötzlich
unser Mitglied, der Bildhauer
Max Scholz.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 8. März, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle
des Emmaus-Kirchhofes in der
Hermannstraße aus statt.
257/12 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Banarbeiterversand.
Zweigverein Berlin.
Sektion der Putzer.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege
Heinrich Rose
im Alter von 77 Jahren am
3. März gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 7. März, nachmittags
3/4 4 Uhr, von der Leichenhalle der
Auferstehungsgemeinde (Reichen-
see, Lichtensberger Str.) aus statt.
Der Vorstand.

**Verband der
Fabrikarbeiter Deutschlands.**
Zahlstelle Groß-Berlin.
Am Montag, den 3. März,
verstarb unser Mitglied
Friedrich Blaube.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 7. März, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle des
Gemeindfriedhofes in Vorfig-
walde aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Am 4. März, morgens 9,9 Uhr,
verstarb nach kurzem, aber
schwerem Leiden mein lieber
Wann und guter Vater, der
Balkenwart
Hans Wiemer
Dorschenstraße, Ode Geumestraße
im 49. Lebensjahre. 27815
Um stille Beileid bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet heute
Freitag, nachmittags 3/4 4 Uhr,
von der Leichenhalle des Georgen-
Kirchhofes, Landsberger Allee,
aus statt.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Vannes, unseres guten Vaters
Bruno Anderskewitz
sagen wir allen Freunden und Be-
kanten, sowie den Genossen des
6. Bezirksvereins, Besikt 785a, unseren
herzlichsten Dank. 768
Edwe Minna Anderskewitz
nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme bei der Beerdigung meiner
lieben Frau
Marie Renk
sage ich allen Verwandten, Freunden
und Bekannten, den Genossen und
Genossen der 15. Abteilung, sowie
dem Gesangsverein und den Kollegen
von der Firma Cobau meinen herz-
lichsten Dank. 498
Heinrich Renk.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, nicht am
10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

Stoffe
Deutsch-englische Neuheiten
für Herren und Damen.
Einzelverkauf zu
billigsten Engrospreisen.
Tuchagentur, Yorekstr. 75 pt.

Trinkt
WERFT WERMUTH Frucht Trunk
schmackhaft — magenstärkend
Kein Branntwein — Kein Likör

Wegen gänzlicher Aufgabe Total-Ausverkauf
der Charlottenburger Filiale
Nehringstr. 34.
In allen Geschäften dieselben billigen Preise

Lewinsohn

1. Geschäft: Rosenthaler Str. 40-41 Hackescher Markt	2. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 110 Strausberger Platz	3. Geschäft: Charlottenburg Nehringstr. 34 Ecke Magasinstr.
---	---	--

Joseffi

JUNO

Qualitäts 23 Cigarette

KON- LINON

Drei Tropfen

Kaol

geben schmutzigstem Metall Dauerglanz.
In großen Dosen a 30 Pf. überall zu haben.
Fabrik Chemische Werke Luhszynski & Co. Aktiengesellschaft
Berlin-Lichtenberg.

Hygienische Haar-Pflege

Thermal-Shampoo
flüssig
95%
natürliche Thermal-Mineralien

enthaltend, welche nach Angaben des Geheimrats Professor
Dr. Stahl Schmidt aus den seit Jahrtausenden als heilkräftig bekannten
Aachener Thermal-Quellen
gewonnen werden. Thermal-Shampoo gesunden kranke Kopfhaut
und kranke Haare. Nur auf einer gesunden Kopfhaut gedeihen
die Haare und bleiben gesund. Preis pro Flasche 30 Pf. — Zu haben
in allen Drogerhandlungen. Engros: Wermann & Co., Berlin-
Friedensau. Telephon: Umland 3700. 26/14

Möbel-Angebot.

Solltes Möbelgeschäft liefert bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen sowie ein-
zelne Möbel gegen mäßige Jinsbergütung bei keiner Ansohlung u. geringen
monatlichen Teilzahlungen. Anfragen unter Postlagerkarte 70, Postamt 88.
Rein Abzahlungsgesellschaft.

Kaffeler 90 Pf.
Ohren, Schnauzen . . 35 Pf.
Rippen, frisch . . . 30 Pf.
Blutwurst 55 Pf.
offeriert
Anton Fehlau Nachflg.
Landsberger Str. 98a.
Tel.: Königl. 6240.

Vorjährlige
feinste Anzüge, Paletots,
schicke Ulster, Gehrockanzüge,
Smokings, Fracks a. Selde 30-70 M.
Versandhaus Germania
21. Unter den Linden 21.
Sonntags von 12-2 geöffnet.

Naturschutzpark - Lose
Ziehung 18. u. 19. März
Lose Mk. 3.30.

Coburger Geld-Lose
Ziehung 8.-12. April
Lose Mk. 3.30.
Porto und Liste pro Lotterie
30 Pf., Ausland 60 Pf. extra,
versendet auch unter Nachn.
die allbekanntesten
Glückskollekte
Oppenheimer - Kaufmann
Gr. Bockenheimerstr. 21
Frankfurt a. M.
Prospekte aller Lotterien
gratis und franko.

Komplette Wohnungs-Einrichtungen von 230 M. an

moderne Schlafzimmer	210	„
Herrenzimmer	300	„
Wohnzimmer	235	„
Küchen schon	45	„
Kleiderschränke	19	„
Garnituren	100	„
Schlafsofas	75	„
Betten	21	„
Tische	6,50	„
Stühle v. 2		„

**Brautleuten
Extra-Rabatt!**

Grossartige Ausstellungen
parterre (ca. 800 q Meter)
und im Fabrik-Gebäude.
Besichtigung ohne Kaufzwang.

Otto Piehl
bedeutendstes
Möbel-Magazin
in Berlin N
Brunnenstr. 120
Kein Kredithaus!

Teilzahlungen
erhöhen nicht
die Preise!

Blendol

pulzt einzig in seiner Art, so
dass man Zeit u. Mühe spart!

La Glas u. Blechflaschen überall erhältlich. Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Arbeiter, jeder praktisch Mann
jeder für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorzüglich geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei der bekannten Firma
Kohnen & Jöring, Berlin. **Arbeitskleidung - Berufskleidung.**
Größtes Spezialgeschäft dieser Art.
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 12. Zweiggeschäfte: Rosenthaler Str. 53 - Landsberger Allee 158 - Neukölln: Bergstr. 66.
Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Nachart, beste Verarbeitung, grösste Auswahl.

